

## SPD fordert eine sichere Zukunft für die Gesamtschule Stadtmitte

Nachdem in 2010 die Weichen für eine sechste Gesamtschule in Mönchengladbach gestellt wurden und die Schule seit 2011 in Betrieb ist, will das neue Interessenbündnis von CDU, FWG und FDP diese Schule für die eigene Klientelpolitik opfern.

**SPD-Fraktionsvorsitzender Lothar Beine:**

„Der vom neuen Interessenbündnis eingebrachte Vorschlag zum städtischen Haushalt (s.S. 2) ist nichts anderes als die Auflösung der Gesamtschule Stadtmitte auf Zeit. Eltern, Schüler und Lehrer werden in eine ungewisse Zukunft entlassen, denn ein wichtiges Fundament für eine Schule ist die Planungssicherheit. Dies ist insbesondere vor dem bald startenden Anmeldeverfahren für das Schuljahr 2014/2015

**Lothar Beine:** „Wer heute sagt, er habe die eklatante Kostenerhöhung schon vorher gekannt und das sei absehbar gewesen, sollte den Beruf wechseln und kann als Hellseher viel Geld verdienen. Jetzt geht es nicht um Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln für ideologische Schulpolitik. Hier geht es schlicht um Kinder, die eine bestehende Schule besuchen und um deren Zukunft. Angesichts der bestehenden Fakten besteht die Notwendigkeit, der Gesamtschule die erforderlichen Räume zu stellen. Die SPD-Fraktion unterstützt den aktuellen Vorschlag der Schulverwaltung, der nach einem von der SPD initiierten Antrag vorgelegt wurde. Dieser beinhaltet den Tausch der Schulgebäude der Geschwister-Scholl Real-



ein gezielter politischer Angriff auf eine von CDU, FWG und FDP unerwünschte Schulform. Die für die Gesamtschule notwendigen Mittel im Haushalt sollen in feinsten Klientelpolitik schon jetzt teilweise für die Sanierung von Fachräumen in Gymnasien verwendet werden. So, als wäre dies in den letzten Jahren nicht bereits durch die Ampel erfolgt.“

Die von der Verwaltung im Sommer ermittelten Kosten für die Sanierung der jetzigen Kath. Hauptschule Stadtmitte hat alle überrascht: Verwaltung, Politik und natürlich auch die SPD.

schule und der Gesamtschule Stadtmitte und damit eine langfristige Sicherung beider Schulen. Wichtiger Effekt ist dabei, dass die anstehenden Investitionen mit rd. 7 Mio. € deutlich unter dem ersten Ansatz der Verwaltung von 12,5 Mio. € liegen und zugleich mit diesem Geld auch die Sekundarstufe 2 der Gesamtschule gesichert ist.

**Lothar Beine:** „Den Schulfrieden darf man nicht leichtfertig verspielen. Die Schulen brauchen vor dem Anmeldetermin Klarheit und nicht erst nach der Kommunalwahl.“

## Editorial Auf ein Wort

Das zu Ende gehende Jahr war politisch gesehen ein sehr spannendes Jahr in unserer Stadt: Im April ging das „Ampel-Bündnis“ von SPD, „Grüne“ und FDP zu Ende. Seither gibt es wechselnde Mehrheiten im Rat. Die SPD hat in beiden Konstellationen maßgeblich die Politik in unserer Stadt beeinflusst. Die Finanzen sind auf eine solide Basis gestellt worden. Städtebaulich sind wegweisende Beschlüsse gefasst worden, die das Bild unserer Stadt über Jahrzehnte prägen werden. „Mönchengladbach rockt“ hießen Schlagzeilen auf der Immobilienmesse



„Expo-Real“ in München. Ich denke, das sagt alles über die Wahrnehmung von außen. Unter den schwierigen Bedingungen können wir unterm Strich zufrieden sein mit dem in den letzten Jahren Erreichten. Seit der letzten Haushaltsberatung hat sich nun eine Interessengemeinschaft aus CDU, FDP und FWG gebildet, die von einschlägigen Kreisen schon als „bürgerliche Mehrheit“ bezeichnet wird. Eine Mehrheit hat diese Konstellation im Rat allerdings nicht. Interessant und wichtig im Hinblick auf die Kommunalwahl am 25. Mai 2014 ist für die Menschen in unserer Stadt sicher, ob diese Parteien jetzt und danach ein festes Bündnis eingehen wollen. Die FWG hat das in der Vergangenheit abgelehnt. Sicher ist: Diese Interessengemeinschaft hat bei der Haushaltsberatung jedenfalls **nicht** die Interessen der Menschen, sondern lediglich die eigenen Interessen vertreten.

**Ihnen und Ihren Familien wünsche ich ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes, erfolgreiches und vor allem gesundes neues Jahr 2014.**

Herzlichst Ihr

## Unsere Themen

- Gesamtschule
- Haushaltsberatung
- Zukunft der GEM
- Offene Ganztagsbetreuung
- Ausbau Breitenbachstraße
- Alte Zentralbadfläche

# Haushalt 2014 in letzter Minute verabschiedet - MG baut Schulden ab

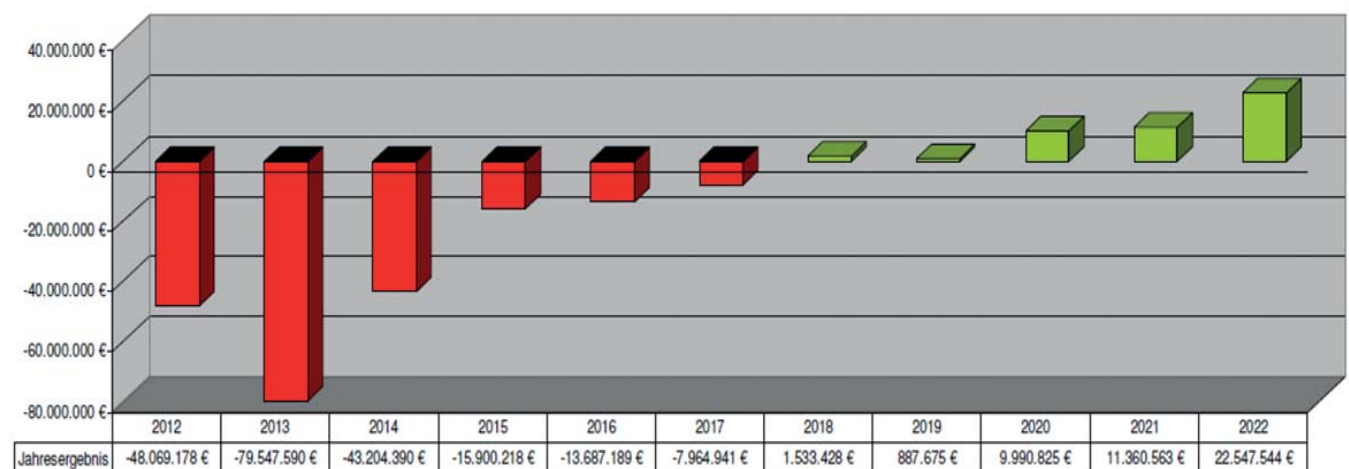
Dieses Jahr waren die Haushaltsberatungen aufgrund der nicht mehr vorhandenen Ratsmehrheit besonders schwierig. Zwar hatte der Kämmerer im September einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der auswies, dass der Haushaltsausgleich im Jahre 2018 mit Hilfe des Landes NRW und ab 2021 allein erreicht wird. Bereits bei der Einbringung hatte der Kämmerer aber darauf verwiesen, dass mittlerweile bekannte notwendige Ausgaben für die Sanierung

Überraschend und ohne nochmalige Rücksprache legten die Fraktionen von CDU, FDP und FWG dann einen gemeinsamen Antrag vor, in dem zusätzliche Ausgabenwünsche von CDU und FDP finanziert und pauschale Streichungswünsche der FWG in Höhe von 10 Mio. € gefordert wurden. Nicht berücksichtigt waren die notwendigen Kosten für die Gesamtschule Stadtmitte. Der SPD wurde lediglich mitgeteilt, entweder wolle man seitens der CDU

men und im Haushalt auszuweisen. Auch wenn die Höhe der Aufwendungen nicht endgültig feststehen, so ist klar, dass in den Jahren 2014 bis 2016 mindestens 7 Mio. € ausgegeben werden müssen.

**Lothar Beine:** „Die notwendige haushaltsmäßige Absicherung der Gesamtschule Stadtmitte zu verweigern ist schlicht verantwortungslos. Die Realität wird die Interessengemeinschaft schnell einholen, wenn Anfang 2014 die

## Entwicklung Jahresergebnisse - Angaben Haushaltsentwurf 2014



der Gesamtschule Stadtmitte in Millionenhöhe nicht enthalten waren. In einer 1. Änderungsliste stellte die Verwaltung dann dar, wie die Kosten in Höhe von 12,1 Mio. € für einen Anbau an der Gesamtschule Stadtmitte finanziert werden sollten.

Die SPD hatte im Vorfeld der Haushaltsverabschiedung sowohl mit den bisherigen Partnern „Grüne“ und FDP wie auch mit der CDU mehrfach gesprochen, um die notwendige Verabschiedung des Haushalts 2014 im Rat zu sichern. Der CDU, die im letzten Jahr sowohl den Haushalt als auch den Haushaltssanierungsplan noch vehement abgelehnt hatte, war man dabei in einigen Punkten entgegen gekommen, um eine breite Mehrheit für den Haushalt zu erreichen. Essentiell war für die SPD jedoch die haushaltsmäßige Absicherung der notwendigen Kosten für die Gesamtschule Stadtmitte.

eine Mehrheit nur mit der SPD oder eine Mehrheit jenseits der SPD.

In der Hauptausschusssitzung wurde der Antrag der neuen Interessengemeinschaft aus CDU, FDP und FWG durch den Kämmerer hinsichtlich der pauschalen Kürzungen in Höhe von 10 Mio. € binnen 10 Minuten zerlegt. Der Vorschlag war so einfach nicht umsetzbar, da es sich hauptsächlich um gesetzliche oder vertragliche Leistungen handelt. Die dort ausgewiesenen freiwilligen Leistungen müssten nach dem Antrag der drei Fraktionen vollkommen gestrichen werden, um auch nur teilweise Einsparungen zu erzielen. Darunter sind 280.000 € für Sportförderung oder 10.200 € für die jüdische Kultusgemeinde. Letztlich wurde dieser Antragsteil in einen Prüfauftrag umgewandelt.

Die SPD hat zur Gesamtschule Stadtmitte weiter gefordert, Fakten zur Kenntnis zu neh-

genauen Beträge für die Gesamtschule Stadtmitte feststehen und das erforderliche Geld dann bereitgestellt werden muss. Mit verantwortlicher Politik hat das nichts zu tun. Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters werden jetzt in der Investitionsliste Sperrvermerke angebracht, damit die voraussichtlichen Baukosten für die Gesamtschule gesichert werden. Mit diesem Kompromiss kann die SPD leben.“

Die SPD hat dem Haushalt 2014 letztlich zugestimmt, da die wesentlichen Eckdaten der Haushaltseinbringung mit Haushaltsausgleich in 2018 unverändert verabschiedet wurden. Nach der jetzigen Planung werden erstmals ab 2015 Schulden in Millionenhöhe abgebaut.

**Lothar Beine:** „Ich schließe aber nicht aus, dass wir schon 2013/2014 diesen Punkt erreichen.“

**Die SPD-Ratsfraktion wünscht ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2014!**





## Zukunft der GEM:

# SPD hat die Interessen der Beschäftigten und der Gebührenzahler immer im Blick

Bereits zur Ratssitzung am 26. September hatte die SPD-Ratsfraktion im Rat den Antrag gestellt, den GEM-Vertrag fristgemäß zu kündigen. Der jetzige GEM-Vertrag hat eine 20-jährige Laufzeit mit zweijähriger Kündigungsfrist zum 31.12.2013. Der Beschluss wurde nach intensiver Beratung nicht gefasst, sondern bis

Kaufpreis zu verhandeln und möglichst einvernehmlich zu einem Übernahmepreis zu kommen. Bis zum Redaktionstermin hatte es zwar Gespräche zwischen den Beteiligten gegeben. Eine Einigung war jedoch noch nicht in Sicht.

Nun haben die Fraktionen aus CDU, FDP und FWG in der letzten Finanzausschusssit-

Nach diesem Antrag gehen diese drei Fraktionen weiter davon aus, dass die Gewinne der GEM so hoch bleiben sollen wie bisher und dass die Gebührenzahler den anteiligen Kaufpreis bezahlen. Das kann nicht richtig sein und wird von der SPD nicht unterstützt. Die GEM hat jetzt einen Gewinn nach Steuern von 11 % bis 13 % des Umsatzes, der zu über 90 % aus gebührenpflichtigen Leistungen (Einsammeln und Transport der Abfälle) besteht.

Das ist nicht länger akzeptabel. Die SPD will niedrigere Gewinne und dadurch niedrigere Müllgebühren. Wir wollen gerne eine einvernehmliche Lösung mit der EGN, sehen uns aber den Interessen der Gladbacher Gebührenzahler verpflichtet. Die Kündigung des GEM-Vertrages ist im Interesse der Mönchengladbacher Gebührenzahler. Das Interesse von CDU, FDP und FWG verstehe ich dagegen nicht.“

Im Übrigen will die SPD eine städtische GEM auch deshalb, um allen Mitarbeitern endlich eine Arbeitsplatzsicherheit zu geben. Nur so lassen sich auch die vielen befristeten Arbeitsverhältnisse in unbefristete verwandeln. Die SPD geht weiter davon aus, dass die Müllgebühren ab 2015 deutlich gesenkt werden, da auch die Verbrennungspreise deutlich sinken werden. Die Ausschreibungsergebnisse sind noch nicht bekannt.



in die Ratssitzung am 18.12.2013 geschoben. Alle Fraktionen erklärten jedoch, dass sie auch zukünftig eine Entsorgungsfirma haben wollen, die zu 100 % der Stadt gehört. Zurzeit sind die Stadt Mönchengladbach sowie die Fa. EGN (Tochterfirma der Stadtwerke Krefeld) zu je 50 % Gesellschafter der GEM. Die Verwaltung wurde aufgefordert, mit der Fa. EGN über den

zuzug überraschend eine Tischvorlage mit folgender Forderung vorgelegt: Die Kündigungsfrist des GEM-Vertrages soll verkürzt werden und die Zahlung eines einvernehmlichen Kaufpreises soll aus zukünftigen Gewinnen der GEM in bisheriger Höhe erfolgen.

**Lothar Beine:** „Dieser Antrag ist nicht im Sinne der Mönchengladbacher Gebührenzahler.“

## Offene Ganztagsbetreuung braucht mehr Qualität

Die SPD-Fraktion möchte spätestens im kommenden Jahr die Offene Ganztagsbetreuung an den Mönchengladbacher Schulen in der Qualität besser aufstellen. Zum gleichen Ergebnis kam auch die Verwaltung in einem Sach-

standsbericht im Schul- und Bildungsausschuss. nicht angehen, dass in vielen Branchen Dumpinglöhne beklagt werden, aber gerade in der Arbeit mit Menschen dieser Missstand hingenommen wird. Die Beschäftigten in der Kinderbetreuung machen einen schwierigen Job und

Die Verwaltung überträgt die Aufgaben der Kinderbetreuung in den Offenen Ganztagsschulen über Leistungsvereinbarungen, die mit den jeweiligen Trägern (Arbeitgebern) verhandelt werden. Dabei spielt natürlich auch der Preis eine wichtige Rolle. In anderen städtischen Vergaben ist die Einhaltung der Tariftreue der beauftragten Unternehmen ein wichtiges Kriterium. Die SPD-Fraktion stellt sich die Frage: Warum gilt dies nicht im sozialen Beschäftigungsmarkt?

**Monika Schuster, bildungspolitische Sprecherin der SPD:** „Wegen der geringen Löhne und der angebotenen Teilzeitbeschäftigung findet man immer weniger geeignete Beschäftigte. Gerade der tägliche Umgang mit Kindern erfordert viel Einsatzfreude und zugleich eine professionelle Reaktion in schwierigen Situationen. Die SPD-Fraktion möchte diesen Teufelskreis spätestens im kommenden Jahr aufbrechen und Tariflöhne ermöglichen. Die städtischen Haushaltsmittel in diesem Bereich sollen aufgestockt werden. Für die Offene Ganztagsbetreuung reden wir über rund 1,3 Mio. € jährlich. Die Gegenfinanzierung ist durch Einsparungen in der Eingliederungshilfe denkbar. Die Kommunen sollen von dieser Aufgabe durch den Bund entlastet werden.“



standsbericht im Schul- und Bildungsausschuss.

**Angela Tillmann, Sprecherin der SPD-Fraktion im Jugendhilfeausschuss:** „Es kann

ihnen werden Kinder anvertraut. Zugleich sind diese Beschäftigten aber von Tariflöhnen meilenweit entfernt. Diese Zustände will die SPD beenden.“

# Ausbau der Breitenbachstraße beginnt - verspätet

Das Entsetzen war bei den Vertretern der Verwaltung sofort zu erkennen, nachdem das interessante Bündnis von CDU, LINKE und Bündnis 90/Die Grünen den Ausbau der Breitenbachstraße im September vorerst beendet hat. Doch die Auswirkungen werden noch schlimmer.



Hier wird bald gebaut

**Thomas Fegers, planungspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion:** „Die Planung zum Ausbau der Breitenbachstraße inklusive des Tunnels wurden im Planungs- und Bauausschuss mehrfach als das entscheidende

Entlastungsbauwerk für die Verkehrsströme des Einkaufszentrums MG-Arcaden beraten. Jetzt wurde eingeräumt, dass die Breitenbachstraße auch noch zur Eröffnung des neuen Einkaufszentrums gesperrt sein wird. Zugleich steht die Steppesstraße nicht mehr zur Verfügung. Die Verwaltung befürchtet ein riesiges Verkehrschaos.“

Nachdem gutachterlich klar ist das die Grundstückseigentümerin Fa. aurelis ihre Planungen mit einem Baumarkt ausführen darf, war der ganze Spuk von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und LINKE umsonst. Dabei ist es für einen Straßenausbau völlig unerheblich, ob man einen Baumarkt an dieser Stelle mag oder Bürogebäude errichtet werden. Doch eine Verzögerung der Umsetzung der Gesamtmaßnahme ist nicht mehr zu vermeiden. Unklar ist noch, ob mit dem drei-streifigen Fahrbahnausbau im Tunnel direkt begonnen werden kann

und der weitere vier-streifige Fahrbahnausbau später angeschlossen wird. Es kann jetzt durchaus sinnvoll sein, beide Maßnahmen gleichzeitig durchzuführen. Verbunden mit dem Gesamtausbau sind auch Fußgängerwege, Radwege sowie moderne Bushaltstellen gegenüber dem Vitusbad. Hinzu kommt noch, dass die zur Anbindung der Straße in die City-Ost notwendige Kreuzung nun doch ausgebaut werden muss.

**Thomas Fegers:** „Die Beantwortung meiner Fragen durch die Verwaltung macht deutlich, dass die von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und LINKE zu verantwortende Verzögerung chaotische Verkehrsverhältnisse auslösen wird. Ein ständiges Infrage stellen der Ausbaumaßnahmen gefährdet zugleich rd. 4 Mio. € Landesförderung. Angesichts der teilweise maroden Straßen und Radwege in dieser Stadt ist dies unverantwortlich.“

Durch die Verzögerung des Ausbaus verschiebt sich zugleich eine wichtige Stütze im LKW-Routenkonzept. Auch wenn der Ausbau im Tunnelbereich früher begonnen werden kann und der im September den Gremien vorgestellte Ausbau nun doch ohne Änderungen vollzogen wird: Ein Verkehrschaos ist nicht mehr zu vermeiden.

# Alte Zentralbadfläche bekommt ein neues Gesicht

Nachdem noch vor Monaten die Umsetzung der Neuentwicklung der Fläche des ehemaligen Zentralbades politisch heftig diskutiert wurde, wurde mit der Vorlage der ersten Pläne die Umsetzung begonnen. Planungsziel ist eine Entwicklung des Areals Bleichwiese für ca. 160 Wohnungen und weiteren Büro- und Dienstleistungsflächen. Hierbei ist insbesondere an Gastronomie, Gesundheit aber auch an einen Kindergarten gedacht.



**Thomas Fegers, planungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion:** „Die ersten Pläne sind bereits überzeugend und man erkennt sehr schnell, dass hinter dem Projekt mit Herrn van Pol ein niederländischer Investor steht. Die auf dem ersten Blick massiv erscheinende Bebauung mit Gebäuden zwischen vier bis sechs Ge-

schosson wird durch einen inneren Grünzug aufgelockert. Dieser Grünzug nimmt mit seinen Wasserflächen zugleich die Idee des Masterplans auf. Der Gladbach fließt unmittelbar unter dem Gelände.“

Die sehr massiven und hohen Gebäude entlang der Fliethstraße haben in erster Linie den Zweck eines Lärmschutzes. Ohne diesen Gebäuderiegel, der durch hohe Glaswände aufgelockert ist, wäre eine Wohnnutzung nicht möglich. Doch auch hier werden mit einer versetzten Bauweise gestalterische Akzente gesetzt. Die nötigen Parkplätze werden in einer Tiefgarage sichergestellt.

**Thomas Fegers:** „Nach diesem Startschuss beginnt die weitere Beratung mit einer Bürgerbeteiligung, die im Januar möglichst vor Ort stattfinden soll. Für die SPD sind im weiteren Verfahren insbesondere die Fußgängerbrücke über die Fliethstraße, der Kinderspielplatz und der Bedarf für einen angedachten Kindergarten an dieser Stelle zu klären. Wichtig für die SPD ist auch, dass die öffentlichen Grünflächen auch

wirklich immer zugänglich bleiben und die Verträglichkeit der Neubauten in ihrer Bauhöhe mit dem Umfeld.“

## RatAktuell 3/2013

Auflage: 2000 (im Postversand)

Herausgeber:

SPD-Ratsfraktion  
Mönchengladbach  
Brucknerallee 126  
41236 Mönchengladbach  
Tel: 02166/9 24 90-30  
Fax: 02166/9 24 90-34  
Mail: spdratmg@itbank.de  
Internet: www.fraktion-spd-mg.de

[twitter.com/SPDratmg](https://twitter.com/SPDratmg)

**Neue Anschrift?**

**Neuer Interessent?**

**Bitte wenden Sie sich an obige Adresse!**

Redaktion:

Thomas Fegers (V.i.S.d.P.)  
Lothar Beine

Bilder: SPD, Stadt-MG, Dr. Schrammen, Westdeutsche Zeitung

Druck:

Druckerei Kranz, Stadtwaldstraße 35,  
41179 Mönchengladbach